



Metis

Studie

Worst Cases

Nr. 41 | Mai 2024

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

Institut für
Strategie & Vorausschau

Zusammenfassung

Worst-Case-Szenarien spielen eine entscheidende Rolle in der strategischen Vorausschau. Die Studie nutzt theoretisch abgeleitete geopolitische Szenarien, um Entscheidungsträger*innen gedanklich auf zukünftig

mögliche negative Entwicklungen vorzubereiten. Es werden im Folgenden also plausible und zugleich besonders ungünstige sicherheitspolitische Entwicklungen skizziert sowie deren Implikationen für die Sicherheit Europas und Deutschlands diskutiert.

Worst Cases – Denken jenseits der Komfortzone

Die Entwicklung und Analyse von *Worst Cases* zielt darauf ab, plausible negative Extrementwicklungen vorwegzunehmen, die, obwohl oftmals weniger wahrscheinlich, im Falle ihres Eintretens tiefgreifende Auswirkungen hätten. Die systematische Auseinandersetzung mit ungünstigen Szenarien bereitet Gesellschaften, Organisationen, Regierungen und Streitkräfte darauf vor, auch in Krisensituationen durch Antizipation und rasches Begreifen handlungsfähig zu bleiben. Die Einbeziehung von *Worst-Case-Szenarien* in die strategische Planung ermöglicht es Entscheidungsträger*innen, robustere und resilientere Strategien zu entwickeln. Zudem kann die Öffentlichkeit dadurch für langfristig negative sicherheitspolitische Entwicklungen und deren Implikationen sensibilisiert werden. Das Denken in *Worst Cases* fördert somit eine Kultur der Vorausschau und des Risikobewusstseins, die für das langfristige Überleben und den Erfolg in einer unsicheren und schnelllebigen Welt unerlässlich ist.

Theoretische Grundannahmen: *Power Transition Theory*

Die folgenden Szenarien beruhen auf Annahmen, die sich aus der *Power Transition Theory* (PTT) ergeben. Die PTT geht davon aus, dass das internationale System durch kontinuierliche Machtverschiebungen zwischen den Staaten gekennzeichnet ist, was zu Phasen der Instabilität in der globalen Ordnung führen kann. Staaten werden auf der Grundlage ihrer militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten in Mittel- und Großmächte sowie dominante Nation eingeteilt. Die dominante Nation etabliert eine hierarchische Ordnung,

projiziert ihre nationalen Präferenzen auf das internationale System und stellt systemische Kollektivgüter bereit. Staaten, die mit dieser Ordnung zufrieden sind, koalieren mit der Führungsnation und profitieren durch politische und wirtschaftliche Vorteile. Jene Staaten, die wenig Profit aus der internationalen Ordnung schlagen, sind mit dem System unzufrieden und konkurrieren. Wenn der relative Machtvorteil einer dominanten Nation abnimmt, kann dies zu einer Phase der Instabilität führen, da eine unzufriedene Großmacht versucht, die Position der Führungsmacht anzufechten. Sobald ein Herausforderer sich der Macht des führenden Staates auf 80 Prozent nähert, wird ein Präventivkrieg wahrscheinlicher. Sobald ein Herausforderer die dominante Nation machtpolitisch überholt, ist ein globaler Krieg nahezu unausweichlich (vgl. Abb. 1).

Aufgrund des disproportionalen Machtzuwachses Chinas seit 2000 befindet sich die Welt aus heutiger Sicht bereits in der Anfangsphase der Machttransition, die sich durch zahlreiche regionale militärische Konflikte, politische und wirtschaftliche Konkurrenz und einen Verlust der Wirkkraft der von den USA bereitgestellten globalen Kollektivgüter ausdrückt.

Systemische Rivalität und Polykrise als Zeichen globaler Machttransition

Die regelbasierte globale Ordnung befindet sich in der Phase der Delegitimierung, der Westen an einem Scheideweg. Autokratien hinterfragen offensiv den Status quo, Demokratien sind von außenpolitischer Kurzsichtigkeit, ökonomischer Stagnation, innenpolitischen Instabilitäten und Selbstzweifeln geplagt. Als aufstrebende Supermacht

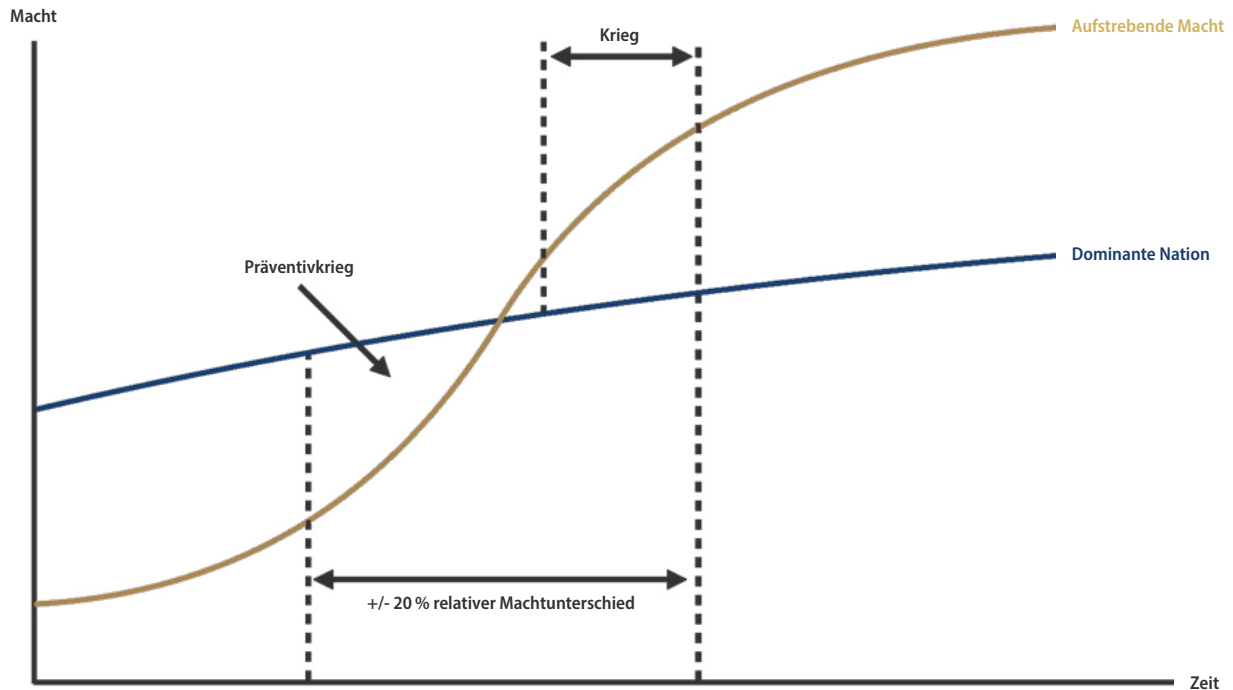


Abb. 1 Kritische Phasen der Power Transition | Quelle: Eigene Darstellung des Autors

stellt China die Vormachtstellung der USA in Frage und liebäugelt offen mit einer Annexion Taiwans. Der Russisch-Ukrainische Krieg¹, der Krieg zwischen der Hamas und Israel, der Konflikt mit dem Iran und regionale Hegemonialkonflikte wie jener zwischen der Türkei, dem Iran und Saudi-Arabien² im Mittleren Osten sowie die Einflusskonkurrenz zwischen Russland und Frankreich in Afrika³ unterstreichen die Erosion der US-Vormachtstellung. Westliche beziehungsweise europäische Sicherheit ist zudem durch hybride Kriegsführung und gesellschaftliche und politische Umbrüche bedroht.⁴ Diese Entwicklungen sind eine Folge der Verschiebung der relativen materiellen Macht von West nach Ost. Die Welt ist zwar noch nicht multipolar, aber eben auch nicht mehr unbestreitbar unipolar. Eine sich wandelnde geopolitische Ordnung ist zu beobachten,

in der die westliche Führungsnation USA als Hegemon das System nicht mehr ordnungspolitisch dominieren kann.⁵

In dieser neuen Ära des negativen Friedens zwischen Großmächten wird die bestehende internationale Ordnung durch Dysfunktionalität internationaler Organisationen und die schleichende Deglobalisierung der Weltwirtschaft weiter unterminiert. Traditionelle und bewährte Konfliktregelungsmechanismen versagen, was regionale Akteure dazu veranlasst, eigene Lösungen zu entwickeln und diese militärisch wie politisch umzusetzen. Kollektivgüter, wie die Freiheit der Seewege, Leitwährung, technologische Standards, internationale Handelsmechanismen und rechtliche Rahmenbedingungen erodieren ebenfalls hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Zuverlässigkeit. In Washington gewinnen isolationistische Stimmen an Gewicht, was die globale US-Führungsrolle weiter in Frage stellt. Der Klimawandel heizt diese volatile Situation weiter an, indem er die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität weltweit bedroht.⁶ Die Kombination dieser Faktoren wird im Folgenden mit ihren negativen Ausprägungen in *Worst-Case-Szenarien* (vgl. Tabelle 1) dargestellt, jeweils gefolgt von den Implikationen für die europäische und deutsche Sicherheit und Wirtschaft.

1 Siehe „Zeitenwende: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Implikationen“, Metis Studie Nr. 31 (November 2022).

2 Siehe „Wie weiter mit dem NATO-Partner Türkei?“, Metis Studie Nr. 3 (April 2018); siehe „Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran: Wie reagieren auf Entwicklungen und regionale Auswirkungen?“ Metis Studie Nr. 7 (Juli 2018).

3 Siehe „Stabilität in Afrika“, Metis Studie Nr. 34 (Mai 2023).

4 Siehe „Neue hybride Bedrohungen“, Metis Studie Nr. 26 (Juli 2021); siehe „Trends und Entwicklungen hybrider Bedrohungen“, Metis Studie Nr. 35 (Juni 2023).

5 Siehe „Entlastung und Engagement – Deutsche Impulse für eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit“, Metis Studie Nr. 22 (Januar 2021).

6 Siehe „Szenarien zu Auswirkungen des Klimawandels auf Einsätze der Bundeswehr“, Metis Studie Nr. 33 (März 2023); siehe „Szenarien zu sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels in Deutschland“, Metis Studie Nr. 36 (Juli 2023).



Worst Case #1 Russischer Sieg in der Ukraine und substaatliche Konflikte in Europa

Russland setzt seine Offensiven in der Ukraine fort und erweitert kontinuierlich die Kontrolle über die vier ukrainischen Oblaste, die es sich einverleibt hat. Es gelingt Russland auch, seine Landbrücke zur Krim dauerhaft zu sichern. Russland besetzt Kramatorsk, Sloviansk und Zapozhzhia und rückt in verlustreichen Kämpfen auf Charkiw vor. Trotz westlicher Unterstützung ist die Ukraine nicht in der Lage, die russischen Vorstöße abzuwehren und zieht sich, um Raum gegen Zeit zu tauschen, kämpfend zurück. Erschwert wird die Verteidigung zusätzlich durch die schon zuvor chronisch unzureichende und nun allmählich zurückgehende militärische und finanzielle Unterstützung des Westens sowie durch empfindliche Verluste von Personal und Material. Nach einem Wahlerfolg der Republikaner in den USA sinkt die Unterstützung des Westens auf einen Tiefpunkt. Der wirtschaftliche Niedergang und die Angst vor einer globalen ökonomischen Depression belasten die westlichen Volkswirtschaften, so dass Empathie und Unterstützung der Bevölkerungen für die Ukraine allmählich schwinden. Parteien sowie pro-russische Politiker, die mit Russland auf Kosten der Ukraine verhandeln wollen, sorgen für starke Dissonanzen in westlichen Entscheidungsprozessen, was eine einheitliche Reaktion mehr und mehr erschwert. Die Ukraine setzt ihren Westkurs unbeirrt fort und bittet nur noch einzelne europäische Staaten um bilaterale Unterstützung, da der Konsens innerhalb von EU und Ukraine-Kontaktgruppe fehlt. Russische Erfolge, wenn auch kostspielig, stärken die Unterstützung der russischen Bevölkerung für den Krieg und Putins Position. Nach jahrelangem Konflikt besetzt Russland so schließlich alle Gebiete der Ukraine östlich des Dnepr.

Unter den Bedingungen, dass die westliche Ukraine entmilitarisiert und zur „Pufferzone“ wird sowie EU und NATO ihr die Mitgliedschaft verweigern, wird der Konflikt eingefroren und ein fragiler Frieden an der östlichen Grenze der EU etabliert. Russland nutzt die Friedensphase als strategische Pause, um seine Streitkräfte zu rekonstituieren und seine Herrschaft in der besetzten Ukraine mit oppressiven Mitteln zu festigen. Der Kreml richtet seine Politik zudem langfristig auf einen militärischen Konflikt mit dem Westen aus. Auch EU und NATO bereiten sich auf eine mögliche zukünftige Konfrontation vor, finden sich dabei jedoch von zahlreichen internen Differenzen und nationalen Partikularinteressen beeinträchtigt. Zudem favorisieren offen pro-russische Positionen in einzelnen Mitgliedsstaaten die politische und wirtschaftliche Normalisierung der Beziehungen mit Russland. Diese Uneinigkeit nutzt Moskau, um Europa weiter zu entzweien und zu destabilisieren. Strategische Korruption unterwandert die Entscheidungsfindungsprozesse in europäischen Staaten und schafft neue Abhängigkeitsverhältnisse im Energiesektor, während hybride Einflussnahme und Desinformation die gesellschaftliche Polarisierung vertiefen.

Implikationen

Ein russischer Erfolg in der Ukraine, der in einer Annexion des Territoriums östlich des Dnepr sowie einer Entmilitarisierung der Rest-Ukraine mündet, hätte weitreichende Auswirkungen für die Sicherheit Europas. Entlang einer von Finnland bis zum Schwarzen Meer reichenden über 4000 km langen Grenze stünde die NATO entweder direkt russischem Territorium oder einer von Russland erzwungenen Einflusszone gegenüber. Europäische NATO-Staaten würde dies in Europa binden. Für die Unterstützung der USA im Indo-Pazifik oder internationale Kriseninterventionen wären kaum Kapazitäten frei. Osteuropäische Staaten legen den Fokus ausschließlich auf die Abschreckung Russlands, während andere sicherheitspolitische Herausforderungen in Afrika, dem Mittleren Osten und Asien sträflich vernachlässigt werden.

Ein Sieg Russlands wird auch Moskaus Position mit den Partnern China und Iran verbessern und auch dort Zweifel über Moskaus militärische und wirtschaftliche Resilienz ausräumen. Erfolg in der Ukraine erlaubt es Moskau zudem früher als befürchtet eingefrorene Konflikte in Europa zu reaktivieren. Krisen durch russische Minderheiten im Baltikum oder im de-facto Regime in Transnistrien sind dann zu erwarten. Auch in Bosnien, Kosovo, Serbien, Montenegro, Nord-Mazedonien, Armenien und Georgien wird russische Einflussnahme zu Konflikten und lokalen Kriegen führen. Darüber hinaus sind weitere pro-russische Regierungen in der EU denkbar, die einen Austritt ihrer Landes aus der EU vorantreiben. Moskau wird zudem offen um die Türkei werben, beispielsweise indem türkische Einflusszonen im Kaukasus, Zentralasien, Syrien und Irak zugestanden werden. Ein verstärktes Engagement Russlands in Afrika und dem Mittleren Osten wird im Ergebnis die europäische Peripherie weiter destabilisieren sowie EU-Krisenmanagementmechanismen durch forcierte Migration nach Europa erschöpfen.

Die Polarisierung der westlichen Gesellschaften wird durch strategische Korruption, Angriffe auf kritische Infrastrukturen, Desinformation, gezielte Cyberangriffe und geheimdienstliche Tätigkeiten gezielt vorangetrieben. Transnational agierende europäische Unternehmen werden, als Extension europäischer Politik, zum Ziel von russischen Sanktionen und Angriffen, um Europas wirtschaftliche Produktivität zu beeinträchtigen. Ziel hierbei ist es, durch eine Verschlechterung der Wirtschaftsleistung in der EU das soziale Kapital gegenüber staatlichen und europäischen Institutionen sowie das Vertrauen in die Entscheidungsträger zu unterminieren. Europa ist mit einem permanenten hybriden Krieg konfrontiert, der Gefahr läuft, in einen heißen Krieg mit Russland zu münden.



Worst-Case-Szenarien				
#1	#2	#3	#4	#5
Russischer Sieg in der Ukraine und substaatliche Konflikte in Europa	Sahel und Nordafrika im Brennglas systemischer Rivalität	Krieg des Westens mit Iran durch israelische Offensive im Libanon	Eskalation im Konflikt um Taiwan – Pyrrhussieg der USA	US-Isolationismus unter Trump – Schwächung der NATO
<ul style="list-style-type: none"> • Russischer Erfolg durch Besetzung der Ukraine östlich des Dnepr • Entmilitarisierung der West-Ukraine • Blockade des EU- und NATO-Beitritts der Ukraine • West-Ukraine als Pufferzone • Strategische Pause Russlands und Vorbereitung auf Konfrontation mit Westen • Uneinigkeit innerhalb EU und NATO wie Russland abgeschreckt werden soll 	<ul style="list-style-type: none"> • Konzentration der EU und NATO auf Abschreckung Russlands und Vernachlässigung Afrikas • Konflikt um Einflussphären in Afrika mündet in Erfolg Russlands und Chinas • Westliche Interessen nicht mehr durchsetzbar • Desintegration von afrik. Organisationen und Staaten • Permanente Instabilität, Putsche, Gegenputsche, Warlords und Söldner kontrollieren den Sahel 	<ul style="list-style-type: none"> • Israelische Inkursion in den Libanon zur Zerschlagung der Hisbollah führt zu iranisch-israelischen Krieg • Iranische Proxies in der Region erstarken • Israel versucht das iranische Atomprogramm durch direkte Angriffe zu zerstören • Konflikt umfasst Gaza, Libanon, Syrien und dem Irak • US und EU werden in den direkten militärischen Konflikt auf Seiten Israels hineingezogen 	<ul style="list-style-type: none"> • China beginnt Seeblockade und Invasion von Taiwan • USA und China führen direkten Konflikt • USA gewinnt, erringt jedoch Pyrrhussieg • EU verliert aufgrund fehlender Machtprojektionsfähigkeit als US-Partner an Bedeutung • Die Welt bleibt neutral, nur der Westen beteiligt sich an Sanktionen gegen China 	<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion des US-Engagements in int. Organisationen und NATO • Rückbau globaler US-Militärpräsenz • Amerikanisierung der US-Außenpolitik und transaktionale Wirtschaftspolitik • Primärsanktionen gegen China • Sekundärsanktionen gegen EU-Unternehmen die weiter in China operieren
Implikationen	Implikationen	Implikationen	Implikationen	Implikationen
<ul style="list-style-type: none"> • Militärischer Konflikt zwischen NATO / EU und Russland wahrscheinlicher • Bindung EU-Staaten in Europa führt zu limitiertem Engagement in Afrika, Mittleren Osten und Asien • Auftauen eingefrorener Konflikte im Baltikum, Balkan und Kaukasus durch Russland destabilisieren EU • Dissonanzen polarisieren EU-Gesellschaften und erschweren Entscheidungsfindung • Weitere Staaten verlassen die EU 	<ul style="list-style-type: none"> • Nearshoring nach Afrika zur Reduktion asiatischer Abhängigkeiten scheitert • Permanente substaatliche Kriege an der EU-Peripherie • Räume fragiler Staatlichkeit führen zu Wiedererstarben Al-Qaida und des IS • Zunahme terroristischer Anschläge in Europa • Millionenfache Massenmigration nach Europa als Mittel hybrider Kriegsführung destabilisiert EU-Staaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerkrieg im Libanon • Scheitern des JCPOA • Ende des israelisch-arabischen Versöhnungsprozesses • Disruption der Nadelöhre Suez-Hormuz-Rotes Meer • Zuwachs des russischen und chinesischen Einflusses im Mittleren Osten • Konflikt zwischen säkularen und islamischen Strömungen in Europa • Permanente Paralyse der EU-Außenpolitik durch innerstaatliche Krisen 	<ul style="list-style-type: none"> • Globale ökonomische Rezession trifft primär EU • USA sind nachhaltig geschwächt; BRICS+ dominieren Weltwirtschaft • Wirtschaftliche Isolation des Westens, Welt kooperiert weiter mit China • US-EU Verhältnis geschädigt • Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen und Disruption der Versorgungswege zwischen EU und Asien • EU abgeschlagen auf drittem oder vierstem Rang 	<ul style="list-style-type: none"> • Enorme sicherheitspolitische Kompensationsaufgaben für die EU, um Machtvakuum auszugleichen • Notwendigkeit eigene Sicherheit und Lieferketten zu sichern • Spaltung der EU in pro-US und pro-China Wirtschaftsblock • Alternative int. Organisationen wie BRICS+ und Shanghai Cooperation setzen sich als Antithesen zu EU und NATO durch

Tabelle 1 Übersicht der Worst-Case-Szenarien

Worst Case #2 Sahel und Nordafrika im Brennglas systemischer Rivalität

Politische Einmischung durch Russland sowie ökonomische Investitionen Chinas in der Sahelzone und in Nordafrika führen zu einem erfolgreichen und nachhaltigen Ausschluss europäischer Interessen in der Region. Dieser Trend wird durch den aktuellen Fokus der EU auf russische Aggression in Europa weiter verstärkt. Bestehende Kooperationen und Missionen scheitern. Pro-russische Staaten verlassen Regionalorganisationen und unterminieren dadurch afrikanische Integrations- und Kooperationsmechanismen nach europäischem Vorbild. Während Russland sich vor allem durch den Transfer von militärischen Fähigkeiten,

Ausbildungsmissionen, den Einsatz von privaten Sicherheitsunternehmen sowie anti-westliche Desinformation und strategische Korruption in der Region engagiert, setzt China primär auf ökonomische Abhängigkeiten, Technologietransfer, den Abbau von Ressourcen und strategische Investitionen. Europäische Interessen, ökonomische Verbindungen und bestehende Ressourcentransaktionen sind stark beeinträchtigt. Langfristig verlieren europäische Staaten, allen voran Frankreich und Großbritannien, jegliche politische, ökonomische und diplomatische Einflussmöglichkeiten. Im Zusammenspiel mit klimatischen Veränderungen toben in Afrika Konflikte um Wasser und Ackerfläche. Viele afrikanische Staaten zerfallen, werden von Söldnertruppen beherrscht, die sich gegenseitig



bekriegen. Großmächte, um Ressourcen und Einfluss streitend, mischen sich ein und werden selbst zu Konfliktparteien; installieren, wo sie können, Marionettenregierungen. Putsche und Gegenputsche wechseln sich ab. Die Nahrungsmittelknappheit nimmt im Fortgang der Klimakrise zu, was zu weiteren Konflikten und Migration führt. Gesundheitsversorgung und Bildungssysteme brechen zusammen, Krankheiten breiten sich ungehindert aus. Die internationale Gemeinschaft steht vor der Herausforderung, in einem zunehmend fragmentierten und destabilisierten Umfeld humanitäre Hilfe leisten zu müssen.

Implikationen

Im globalen Maßstab führen diese Entwicklungen zu einer erheblichen Verschiebung der geopolitischen Machtverhältnisse. Die Abhängigkeit Europas von externen Energielieferungen und Rohstoffen wird zur Achillesferse, während Russland und China ihre Positionen weiter stärken. *Nearshoring*, *De-Risking*- und *De-Coupling*-Maßnahmen, welche die Verwundbarkeit und Abhängigkeit Europas durch Verlegung der Märkte und Produktion von Asien nach Afrika reduzieren sollen, werden unmöglich. Internationale Handelsrouten und Lieferketten bleiben somit bedroht. Die strategischen Interessen zwischen den EU-Staaten sowie Russland und China kollidieren immer häufiger, was das Risiko eines direkten militärischen Konflikts erhöht. Gleichzeitig nutzen terroristische Organisationen die instabile Lage, um ihren Einfluss auszuweiten, was die Sicherheitslage weltweit, aber vor allem in Europa weiter verschlechtert. Russische Einmischung generiert in den fragilen Staaten einen Operations-, Formations- und Rückzugsraum für die wiedererstarkte Al-Qaida im Maghreb und den Islamischen Staat, die sowohl in der Region als auch in Europa terroristische Anschläge verüben. Auch die wirtschaftlichen und humanitären Konsequenzen sind verheerend. Die teils von Russland und *Proxies* forcierte Migration erreicht ungekannte Größenordnungen, Millionen stranden nahe den europäischen Grenzen, am Mittelmeer, in Nordafrika, in der Türkei, was auch diese Staaten destabilisiert. Die Infrastruktur der Grenzländer bricht unter dem Druck der Migration zusammen, humanitäre Hilfe wird zunehmend schwieriger und teurer zu organisieren. Europa sieht sich hybrider Kriegsführung durch forcierte Migration, Terrorismus und Instabilitäten in seiner Peripherie ausgesetzt.

Worst Case #3

Krieg des Westens mit Iran durch israelische Offensive im Libanon

Der Iran schlägt aus der Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland sowie China Kapital und erweitert seinen regionalen Einfluss durch *Proxies* (Hisbollah, Houthis, Badr Korps et al.) sowie diplomatische Annäherungsversuche an die arabische Welt. Insbesondere seit dem Angriff der Hamas auf Israel werden Irans *Proxies* immer aktiver. Als Folge verschlechtert sich die

Sicherheitslage in Israel erheblich. Nachdem Israel seine Rafah-Operation im Gazastreifen abgeschlossen, die Hamas teilweise ausgeschaltet und den Krieg in Gaza als vorerst beendet erklärt hat beziehungsweise diesen nur durch Einsätze niedriger Intensität weiterführt, beginnt es mit militärischen Operationen gegen die Hisbollah im Süd-Libanon. Hardliner in Teheran identifizieren dies als direkten Angriff auf iranische Interessen, beginnen schiitische Revolutionsgarden in den Libanon und nach Syrien zu verlegen und belegen Israel mit großflächigen Raketenangriffen. Eine zunehmend angeschlagene Netanjahu-Regierung beginnt nun auch Operationen gegen iranische *Proxies* in Syrien und dem Irak. Zudem greifen israelische Jets im Iran Militärbasen sowie die Infrastruktur des iranischen Atomprogramms an. Die USA und Europa sind weder in der Lage, Israel zur Zurückhaltung zu drängen, noch den Iran von weiterer Eskalation abzuschrecken. Der Krieg zwischen Israel und dem Iran mündet in Angriffen auf US-Streitkräfte in der Region, was zu Vergeltungsschlägen führt und die anfängliche Zurückhaltung der USA beendet. China und Russland unterstützen den Iran logistisch. Im Falle Chinas geht es um die Steigerung des Einflusses in der Region und die Bindung von US-Assets im Mittleren Osten, während Russland sich durch die Ablenkung des Westens in der Ukraine Vorteile erhofft. Die USA und einige EU-Staaten unterstützen Israel erst logistisch und später auch durch die Entsendung von Kriegsschiffen, Flugzeugen und Flugabwehrsystemen. Andere EU-Staaten kritisieren das israelische Vorgehen. Iranische *Proxies* nutzen den Krieg, um ihre Angriffe auf Lieferketten in weiteren Regionen auszuweiten. Neben der Schifffahrt im Roten Meer werden alle Schiffe mit westlichen Eignern im östlichen Mittelmeer, der Straße von Hormuz und im westlichen Indischen Ozean gezielt angegriffen und teilweise konfisziert. Chinesische und russische Schiffe sind von diesen Maßnahmen nicht betroffen. Terroristische Angriffe auf jüdische und westliche Interessen werden weltweit forciert, der sunnitisch-schiitische Konflikt rückt in den Hintergrund. Durch hybride Einflussnahme, Desinformation und Radikalisierung wird in Europa die öffentliche Debatte tiefgreifend polarisiert und eine gemeinsame Entscheidungsfindung erschwert. Extremistische Gruppen, radikale gesellschaftliche Strömungen und *Useful Idiots* werden durch soziale Medien mobilisiert. In Europa führt dies zu Massendemonstrationen gegen Israel und den Westen sowie zu gezielten Angriffen auf einzelne Persönlichkeiten, jüdische Einrichtungen, vermeintlich von jüdischen Eignern kontrollierte Unternehmen und kriegswirtschaftliche Industriezweige. Der Westen wird dadurch langfristig in den israelisch-iranischen Krieg hineingezogen und muss gleichzeitig den kulturellen, ideologischen und politischen Konflikt zu Hause bewältigen.

Implikationen

Ein Krieg Israels gegen die Hisbollah ist wesentlich schwerwiegender als der Krieg gegen die Hamas. Aus israelischer



Sicht birgt die Vermeidung eines Krieges das Risiko eines noch größeren Konflikts in der Zukunft mit einem besser bewaffneten und fähigeren iranischen *Proxy*. Der Westen befindet sich in einem Dilemma. Einerseits könnte eine weitere Eskalation durch den Einmarsch Israels im Libanon die USA und Europa, um iranische Gegenmaßnahmen einzudämmen und die Integrität Israels zu wahren, zu einem militärischen Eingreifen veranlassen. Die Folge wäre eine weitere Distanzierung zwischen dem Westen und der islamischen Welt, ein Ende des israelisch-arabischen Versöhnungsprozesses, das völlige Scheitern der Wiener Nuklearvereinbarung (*Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA*) und wachsender Einfluss Russlands und Chinas im Nahen Osten. Andererseits würde Passivität des Westens die Gefahr eines jahrelangen offenen Konflikts zwischen Israel und dem Iran mit sich bringen, in dessen Folge der Libanon in einen Bürgerkrieg driftet. Zudem steigt das Risiko des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen auf beiden Seiten. Für Europa führt die Verschärfung des Konflikts zu einer Eskalation der innenpolitischen Radikalisierung und Polarisierung. Antisemitismus, auch wegen der steigenden Zahl nicht-integrierter muslimischer Migranten, nimmt in europäischen Gesellschaften exorbitant zu. Politische Gewalt und Gegengewalt sowie ein *Clash of Civilizations* zwischen säkularen und islamischen Kräften in Europa sind die Folge. Die damit einhergehenden innenpolitischen Umwälzungen und Bewältigungsaufgaben führen so in den meisten europäischen Staaten zu einer Lähmung der außenpolitischen Reaktionsfähigkeit und Entscheidungsfindung. Im Ergebnis degenerieren zahlreiche europäische Demokratien zu Ochlokratien, in denen durch Populismus der Nährboden für zukünftige autokratische Regierungsformen gelegt wird.

Worst Case #4 Eskalation im Konflikt um Taiwan und Pyrrhussieg der USA

China erklärt eine Seeblockade gegen Taiwan mit der Begründung, dass es seine Souveränität, Handelswege und Wiedervereinigungsziele bedroht sieht. Peking positioniert seine Marine dafür strategisch um die Straße von Taiwan und besetzt im Handstreich vorgelagerte taiwanische Inseln. Dieser Schritt führt zu einer Eskalation der bestehenden regionalen Spannungen und löst bei den Nachbarländern große Besorgnis aus. Die internationale Gemeinschaft reagiert schnell, verurteilt Chinas Vorgehen und fordert einen sofortigen Stopp der aggressiven Maßnahmen sowie eine internationale Vermittlungskonferenz. Sanktionen werden jedoch nur von westlichen Staaten verhängt; die Mehrheit der Staatengemeinschaft verhält sich abwartend-neutral. Daraufhin führt China eine amphibische Landung im Süden Taiwans durch, errichtet Brückenköpfe, überwindet schließlich den erbitterten Widerstand an der Küste und besetzt etwa ein Drittel Taiwans. Die umfassende See- und Luftblockade Taiwans führt zu Gefechten zwischen

chinesischen und US-Streitkräften, die versuchen, seeseitig Taiwan zu versorgen. Dies eskaliert zu einem offenen Krieg zwischen den beiden Ländern. US-Flugzeugträger-Gruppen führen Schläge gegen die chinesische Flotte in der Nähe von Taiwan sowie die gelandeten Truppen durch, um den Konflikt nicht durch großflächige Angriffe auf das chinesische Festland weiter zu eskalieren. Im begrenzten Umfang werden in Südchina nur Häfen, Logistikzentren und militärische Einrichtungen, die die gelandeten Truppen versorgen, angegriffen. Die technologische Überlegenheit der US-Streitkräfte erweist sich schließlich als entscheidend und erzwingt gemeinsam mit den taiwanesischen Streitkräften die Evakuierung der Invasionstruppen. Auch Chinas maritime Kräfte werden in der Meerenge von Taiwan unter hohen Kosten besiegt. Nach mehreren Wochen hält China lediglich die vorgelagerten Inseln Taiwans. Die meisten westlichen Staaten halten aufgrund des diplomatischen Drucks der USA Sanktionen gegen China aufrecht, während der Rest der Welt seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit China ausbaut. Der Konflikt endet, nachdem die chinesischen Streitkräfte ihre Seeblockade aufgehoben, die taiwanesischen Inseln geräumt haben, Gefangene ausgetauscht und ein fragiles Abkommen zur Regelung der Nachkriegszeit ausgehandelt wurde.

Implikationen

Eine chinesische Blockade und Invasion Taiwans stellt eine direkte Herausforderung der US-Hegemonie dar, die die USA nicht unbeantwortet lassen können. Obwohl die USA über ein ausgedehntes Netz von Stützpunkten in Übersee verfügen, ist eine militärische Konfrontation mit hohen Kosten verbunden, da immense logistische Herausforderungen bewältigt werden müssen. Da die meisten europäischen Mächte damit beschäftigt sein werden, die russische Aggression einzudämmen, ist zudem nur eine begrenzte europäische Unterstützung zu erwarten. Regionale Partner wie Australien, Japan, Indien und Südkorea werden eine wichtigere Rolle bei der Unterstützung der US-Bemühungen zur Eindämmung Chinas spielen. Europa als traditioneller Partner der USA rückt dadurch in den Hintergrund. Der Konflikt erschüttert die Wirtschaft auf der ganzen Welt, ist vor allem jedoch im Westen zu spüren und schwächt die Fähigkeiten der USA zur Machtprojektion drastisch. Der Erfolg der USA kommt einen Pyrrhussieg gleich, da China ökonomische Einbußen schneller kompensieren kann. Da sich bis auf Europa und einzelne regionale Partner die Mehrzahl der Staaten neutral verhalten hat, verschieben sich die globalen ökonomischen Machtverhältnisse weiter zu Ungunsten des Westens. Europa, welches am Konflikt kaum beteiligt ist, wird aufgrund bestehender Abhängigkeiten voraussichtlich den größten ökonomischen Schaden erleiden.

Sollte es westlichen Ökonomien nicht gelingen sein, sich vor einem Konflikt von China abgekoppelt zu haben, ist die Folge eine globale wirtschaftliche Depression. Pro-chinesische Regierungen in Europa werden sich dafür



entscheiden, die Sanktionen zu ihrem eigenen kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteil zu umgehen. Nach dem Krieg konzentrieren sich die Bemühungen der USA weiterhin darauf, China gemeinsam mit regionalen Sicherheitspartnern einzudämmen, während einige EU-Staaten versuchen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Peking wiederzubeleben. Als Folge markiert der Krieg den Anfang vom Ende der westlichen Weltordnung und Kohäsion. Regionale Spannungen flammen auf, da Russland, Nordkorea, Pakistan und der Iran aufgrund der Schwäche der USA weitere militärische Provokationen in Afrika, Asien und Europa initiieren und ihren Einflussbereich ausweiten. China bereitet sich auf eine weitere Konfrontation vor. Innerhalb der EU werden sowohl pro-amerikanische als auch pro-chinesische Positionen zur politischen Desintegration und zum wirtschaftlichen Niedergang führen. Im globalen Vergleich rutscht Europa dadurch im Vergleich zu den USA, China und Indien weiter ab.

Worst Case #5 US-Isolationismus unter Trump und Schwächung der NATO

Nach einem Wahlsieg Trumps stabilisieren USA und Russland ihre Beziehungen. Die USA konzentrieren sich auf China und reduzieren ihr globales Engagement in internationalen Organisationen, inklusive der NATO. Zeitgleich erfolgt eine drastische Reduzierung der weltweiten US-Truppenpräsenz. Dadurch sinkt in der NATO sowohl die Fähigkeit zur Abschreckung als auch die Entscheidungs- und Reaktionsfähigkeit. Washington bevorzugt bilaterale Abkommen mit ausgewählten Partnern sowie transaktionale Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Die US-Außenpolitik ist geprägt von einer Gleichgültigkeit in europäischen Angelegenheiten. Die USA versuchen Chinas Wirtschaftskraft durch Sanktionen und Zölle einzudämmen. Washington konzentriert sich mehr auf Energiesicherheit und -autonomie, den Zugang zu Ressourcen, die Steigerung des Wirtschaftswachstums und die Sicherung des Wohlstands der amerikanischen Mittelschicht. Kulturkämpfe und innenpolitische Themen wie Einwanderung, Kriminalität, Abtreibung, Waffenkontrolle, Drogen, Arbeitsrecht und Gewerkschaften, Arbeitslosigkeit und Wohlstand dominieren die politischen und öffentlichen Debatten. Die Handelsbeziehungen mit China werden zurückgefahren, jene mit den EU-Staaten schrittweise reduziert. EU-Unternehmen, die Zugang zum US-Markt suchen, werden verpflichtet, ihre Produktion in die USA zu verlegen. Die US-Regierung verfolgt eine eigenwillige Umweltpolitik, setzt, um billige Energie zu gewinnen, auf Kernenergie, fossile Brennstoffe und Fracking und ignoriert dabei die internationalen Verpflichtungen zur Verringerung von Emissionen. Auch grüne Energiequellen werden genutzt, aber die Anlagen dafür müssen in den USA produziert werden.

Implikationen

Als Folge muss die EU das entstandene Machtvakuum kompensieren, global und vor allem in der EU-Peripherie stabilisierend intervenieren sowie global maritime Versorgungsketten ohne US-Unterstützung schützen. Zudem muss Europa lernen, sich notfalls auch allein gegen eine mögliche russische Aggression zu behaupten. Ein isolationistischer Ansatz Trumps führt zwar kurzfristig zu US-Wirtschaftswachstum, doch wird die Wirkung nicht nachhaltig aufrechtzuerhalten sein, da die USA nach wie vor stark von der Einfuhr von Rohstoffen, seltenen Erden und Konsumgütern abhängig sind. Während die USA also transaktional weiter mit China Handel treiben, werden europäische Unternehmen, die sich in den USA engagieren, von Washington mit Primär- und Sekundärsanktionen sowie Zöllen belegt, um europäisch-chinesische Wirtschaftskooperationen zu limitieren und die US-Wirtschaft zu schützen. Eine drastische Reduktion der Wirtschaftskraft der EU ist die Folge. Die Amerikanisierung der Außen- und Wirtschaftspolitik schädigt so die traditionelle Verbundenheit zwischen den USA und Europa nachhaltig. EU-Wirtschaftsinteressen und Unternehmen, die bisher von US-Sicherheitsleistungen profitiert haben, werden ohne US-Präsenz einen Verlust an Schutz, Rechtssicherheit, politischer und wirtschaftlicher Unterstützung und Durchsetzbarkeit liberaler Wirtschaftsordnung erleiden.

Alternative internationale Organisationen unter chinesischer Führung, wie die *Shanghai Cooperation* und BRICS+, werden dadurch eine führende Rolle in der globalen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik einnehmen. Für die EU und andere Staaten, die bisher von der Hegemonie der USA sowohl sicherheitspolitisch als auch ökonomisch abhängig waren, würde die Teilnahme an einer solchen neuen Organisation die Aufgabe langjähriger rechtlicher, politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Präferenzen erfordern, die jahrzehntelang die Verfassungen und die nationale Identität bestimmt haben. Um Sicherheit und Prosperität zu gewährleisten, muss Europa zudem das entstehende Sicherheitsvakuum selbstständig kompensieren, was aufgrund der schwierigen Entscheidungsfindung innerhalb der EU sowie den derzeit fehlenden militärischen und ökonomischen Mitteln nicht in ausreichendem Maße bewältigt werden kann. Ein gravierender Verlust an Sicherheit und Wohlstand für Europa ist die Folge.



Europäische Handlungsfähigkeit bewahren

Die hier skizzierten *Worst-Case*-Szenarien zeigen negative Extrementwicklungen auf, die sich in Teilen bereits heute materialisieren. So hat Russland beispielsweise seinen Einfluss auf den Sahel durch zahlreiche Umstürze sowie die Ausweisung westlicher Streitkräfte bereits gefestigt. Für sich genommen stellt jedes einzelne *Worst-Case*-Szenario die europäische und deutsche Sicherheit, Prosperität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bereits vor gravierende Herausforderungen. Wenn sich multiple *Worst-Case*-Szenarien zeitgleich materialisieren, hat dies weitreichende politische, sicherheitspolitische, ökonomische und soziale Implikationen zur Folge, die sich wohl kaum noch bewältigen lassen dürften. Diese reichen von einer globalen

ökonomischen Depression, hoher Arbeitslosigkeit, Finanzkrisen und unterbrochenen Versorgungsketten über soziale Unruhen und institutionelle Dysfunktionalität internationaler Organisationen bis zu sicherheitspolitischen Konflikten und zwischenstaatlichen Kriegen. Im Rahmen solcher sicherheitspolitischer Herausforderungen und ökonomischer Zielkonflikte würden sowohl international als auch in Europa die Transformationsprozesse hin zu grüner Energiegewinnung und Dekarbonisierung zusätzlich ausgebremst. Zudem würden solche Entwicklungen die Kohäsion, Widerstandsfähigkeit und Resilienz europäischer Demokratien sowie der Europäischen Union in Gänze einer überlebensbedrohlichen Prüfung unterwerfen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr München
Web: metis.unibw.de
X: @metis_institut

Autoren

Dr. Konstantinos Tsetos
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M. A.
zum-staunen.de

Bildnachweis

Titel:
„Abstrakte, futuristische Visualisierung eines globalen Transformationsprozesses von dunkel zu hell, von negativ zu positiv.“ | C. Nick, Motiv mit Hilfe von Midjourney und Adobe Photoshop erstellt.

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0
International zugänglich.

